

Antrag der CDU/ FBI Gruppe

Die CDU/ FBI Gruppe beantragt, dass der Verwaltungsausschuß in seiner nächsten Sitzung (21.01.2023) beschließt, eine Umsetzung bzw. einen Ratsbeschuß zur Umwandlung oder Beibehaltung der Straßenausbaubeitragssatzung erst dann zu behandeln, wenn die neuen Grundsteuerbescheide aufgrund der Änderung der Besteuerungsgrundlage abgeschlossen sind und angewendet werden.

Begründung:

Da für die Bürger*innen noch nicht absehbar ist, wie hoch die tatsächliche Grundsteuer ausfallen wird und somit auch der Rat noch nicht weiß, in welchem Umfang eine etwaige höhere finanzielle Belastung der Einwohner gegeben sein wird, empfiehlt es sich mit der o.a. Umsetzung zu warten, bis Klarheit herrscht.